Morgen-Ausgabe
No. 153. — 56. Jahrgang.

Berliner Volks-Zeitung

Zweites Beiblatt
Dienstag, 31. März 1908

Deutscher Reichstag.

135. Sitzung am 30. März. (Schluß.)

Dritte Lesung des Etats.

Abg. **Scheidemann** (soz.): Herr v. Oldenburg hat uns eine heitere Viertelstunde bereitet. Er hat von Junkern gesprochen; es gibt darunter bösartige und harmlose. Herr v. Oldenburg gehört zu den letzteren. (Heiterkeit links.) Der Vertreter des Kriegsministers sollte sich doch den Abgeordneten gegenüber eines anderen Tones befleißigen. (Beifall links.) Er ist ein sehr schlechter Beobachter, wie jede seiner Reden beweist. Der Ton in unserem Offizierkorps wird immer lächerlicher. Die Art und Weise zu reden, der näselnde Ton, sind ja schon in der ganzen Welt bekannt. Schlimm ist es aber, wenn schon die Unteroffiziere nachäffen, wie ihre Leutnants sich räuspern und spucken. Der Redner führt Beschwerde über Soldatenmißhandlungen bei den Herbstübungen im Jahre 1906 in der Senne. Die gemeinsten Schimpfworte seien von den Offizieren gebraucht worden. Vor dem Kriegsgericht stellten die Offiziere dies dann in Abrede und behaupteten, es seien nur ganz harmlose Bezeichnungen gebraucht worden, zum Beispiel: „Blödsinniges Kamel!" (Heiterkeit!) Es ist tief bedauerlich, wenn im Heere ein Ton sich breit macht, der in Worten wie „blödsinnige Hammelherde", „Jammerlappen", „Saubande" zarte Schmeicheleien sieht. Die Soldaten, die schon dem Beurlaubtenstande angehörten, wurden dazu in schimmster Weise gepeinigt und überanstrengt.

Generalleutnant **Sixt v. Armin**: Das Material des Abgeordneten Kopsch über die Zurücksetzung der Mannschaften jüdischer Konfession wird geprüft werden. Wenn der Ton meiner Ausführungen hier bemängelt worden ist, so muß ich erklären, daß ich mich im allgemeinen einer höflichen und ruhigen Ausdrucksweise zu befleißigen pflege. Kann man sich aber wundern, wenn einem Manne, der mit jeder Faser zur Armee gehört, bei einer gewissen Sorte von Angriffen das Blut in Wallung gerät? (Beifall rechts.) Ich müßte mich vor mir selber schämen, wenn es anders wäre. Die Nachrichten über die Vorfälle in der Senne sind maßlos übertrieben. Zwei Redakteure sind bereits deswegen bestraft worden. Es ist nur ein Todesfall vorgekommen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß die Anstrengungen bei dieser Uebung sehr groß waren. Die Anstrengungen wurden noch gesteigert durch ungünstige Witterung, durch schlechte Wege und ungenügende Vorbereitung. Auch war ein großer Teil der Soldaten Fabrikarbeiter, die sich weniger leistungsfähig zeigten. Große Anstrengungen sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Nun sind bei dieser Uebung allerdings an einigen Tagen sehr viel Mannschaften marode geworden. Es ist aber auch sofort ein allgemeiner Erlaß an die Armee ergangen, in dem darauf hingewiesen wurde, daß gerade bei Reserveübungen die Mannschaften allmählich an schwere Strapazen gewöhnt werden sollen. Leider haben sich in der Tat einzelne Offiziere zu Schimpfworten hinreißen lassen. Das ist nicht zu billigen; aber es ist menschlich verständlich, wenn einmal in der Hitze des Gefechts ein harter Ausdruck fällt. Gegen diese Offiziere ist die Untersuchung eingeleitet worden. Es wird alles getan werden, um ähnliche Mißhelligkeiten zu verhindern. (Beifall.)

Abg. **v. Treuenfels** (kons.): Der Ausschluß des Hamburger Rechtsanwalts aus dem Reserveoffizierkorps ist durchaus berechtigt. Es ist absolut notwendig, daß jeder, der den bunten Rock trägt, auch treu zu Kaiser und Reich hält. Bebel hat ja selbst zugegeben, daß die Sozialdemokratie die Armee und das Reich bekämpfe, daher kann kein Offizier für sie stimmen.

Abg. **Werner** (Reformp.) bittet die Militärverwaltung, dafür zu sorgen, daß die gewesenen Unteroffiziere in Zivilstellungen nicht zu lange diätarisch beschäftigt werden.

Abg. **Hermes** (fr. Vp.): Der Vertreter des Kriegsministers hat auf die schweren Angriffe des Abg. Kopsch nur die Antwort gegeben, daß er das Material prüfen werde. Nun ist die Frage der Zurücksetzung der Juden im Heere gegenüber ihren christlichen Kameraden schon wiederholt im Hause und in der Budgetkommission behandelt worden. Die Regierung hatte also genügend Zeit, sich zu informieren. Wiederholt sind hier solche Klagen vorgebracht worden; es ist aber nichts geschehen, um sie abzustellen. In weiten Kreisen des deutschen Volkes ist darüber eine gewisse Beunruhigung eingetreten, weil der Grundsatz des gleichen Rechtes für alle dauernd verletzt wird. (Beifall links.)

Abg. **Zubeil** (soz.) bespricht einen Fall von Soldatenmißhandlung.

Abg. **Scheidemann** (soz.): Wenn man gegen einen Reserveoffizier vorgeht, weil er erklärt, man solle lieber einen Sozialdemokraten wählen als einen rückständigen Antisemiten, nun so lasse man doch die Sozialdemokraten überhaupt aus der Armee heraus; damit wären wir ganz einverstanden. Wenn sich ein Offizier gegen einen Gemeinen vergeht, dann erhält er mildernde Umstände. Ich frage den Vertreter des Kriegsministers, ob er auch einem Gemeinen mildernde Umstände zubilligen will, wenn dieser als Antwort den Offizier um die Ohren schlägt.

Abg. **Bindewald** (Reformp.): Es ist nicht wahr, daß die Juden schlechter in der Armee behandelt werden. Das deutsche Volk ist von Haus aus kriegstüchtiger als das jüdische. (Lachen links.) Die Juden sind viel wohlhabender, besuchen höhere Schulen, das Verhältnis ihrer Einjährigen zu den Gemeinen ist ein viel stärkeres. Es würde also keine Gleichberechtigung, sondern Bevorrechtung sein. (Lachen links.) Auf Rasse und Volkstum kommt es an, nicht auf Religion und Konfession. (Lachen links.) Wir sind für das Volkheer und verlangen, daß die, die das Heer führen, der indogermanischen Rasse angehören. (Gelächter.) Wir verlangen von dem Offizier, daß er sich die fremdrassigen Elemente der Juden innerhalb seiner vier Wände vom Leibe hält. Nur dann haben wir Vertrauen zu unserem Offizierkorps, wenn wir wissen, daß es von deutschem Blute ist. Der Jude hat anderes Blut in seinen Adern.

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.): Auch wir verurteilen es, wenn ein Reserveoffizier wegen seiner politischen Gesinnung gemaßregelt wird. Sollte das Urteil im Fall des Dr. Brabant endgültig sein, so werden wir Gelegenheit nehmen, auf diesen Fall des Näheren weiter einzugehen. Solange aber die Verhandlung schwebt, läßt sich über die Angelegenheit hier nicht eingehend sprechen. Ich verdiene den Dank des Hauses, wenn ich in bezug auf Herrn Bindewald lediglich das eine feststelle: der Rassenantisemitismus dieses Herrn hat in diesem Hause keine Zustimmung, aber die lebhafteste Heiterkeit im ganzen Hause hervorgerufen. (Zustimmung links.)

Generalleutnant **Sixt v. Armin**: Auf die Frage der jüdischen Einjährigen eingehen, hatte ich für überflüssig, nachdem ich bei der zweiten Lesung des Etats Stellung genommen habe, und weil nach den Ausführungen des Kriegsministers die Heeresverwaltung seine andere Stellung einnehmen kann, da sie auf dem Boden des Gesetzes stehen muß. Ob ein Offizier mildernde Umstände verdient, kommt auf die Lage des Falles an. Wenn ein Soldat dem Offizier um die Ohren geschlagen hat, so kann ich Herrn Scheidemann verstehen, daß ich nicht geneigt sein werde, mildernde Umstände anzuerkennen. (Heiterkeit.)

Der Antrag Liebermann v. Sonnenberg wird zur Abstimmung gestellt. Es wird ein Hammelsprung erforderlich. Dieser ergibt 94 Stimmen für, 118 gegen den Antrag, **es fehlen danach zwei Stimmen an der Beschlußfähigkeit.** Die Sitzung wird abgebrochen.

Nächste Sitzung nach 15 Minuten.

Zweite Sitzung.

Präsident **Graf Stolberg** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 50 Min.

Die Abstimmung wird, da die Beschlußfähigkeit zurzeit noch zweifelhaft ist, auf 5 Uhr anberaumt.

Abg. **Böhle** (soz.) führt Klage über Mißstände bei den Straßburger Militärinstituten.

Abg. **Giesberts** (Ztr.) regt eine Revision der Strafbestimmungen für Vergehen im Kriege an. Wegen geringfügiger Taten seien Afrikakrieger außerordentlich schwer bestraft worden.

General **Linde**: Vergehen im Kriege müssen hart bestraft werden. Wir werden aber gern mildere Vergehen der Gnade des Kaisers empfehlen.

Damit ist der Militäretat erledigt, ebenso der des Reichsmilitärgerichts bis auf die ausgesetzte Abstimmung.

Am Tische des Bundesrats hat sich Staatssekretär **v. Tirpitz** mit zahlreichen Kommissaren eingefunden. Er zieht aber sogleich wieder höchst vergnügt davon, da der Marineetat ohne Diskussion erledigt wird.

Es folgt die Beratung des Justizetats.

Abg. **Bassermann** (natl.) weist auf die verschiedenen Mißstände auf dem Gebiete des Strafrechtes und des Strafvollzuges hin. Der Strafvollzug sollte reichsgesetzlich geregelt werden. Die Bestimmungen über das ehrengerichtliche Verfahren gegen Rechtsanwälte seien reformbedürftig. Der Redner kommt auf seine Ausführungen aus der zweiten Lesung über die Strafrechtspflege für Jugendliche zurück. Sie muß durchaus umgestaltet werden. Kinder unter 14 Jahren gehören nicht vor den Strafrichter. Die Frage der Jugendgerichtshöfe ist spruchreif. Es ist die Vermutung laut geworden, daß wieder Preußen daran schuld ist, daß wir zu keinen Justizreformen kommen, das wäre bedauerlich. Wie steht es mit der Reform der Strafprozeßordnung? Hoffentlich wird der Entwurf auch der öffentlichen Kritik unterbreitet worden.

Staatssekretär Dr. **Nieberding**: Meine Ausführung aus der zweiten Lesung, daß eine Steigerung der Kriminalität der Jugendlichen nicht eingetreten sei, ist vielfach angegriffen worden. Ich halte sie aber vollständig aufrecht. Von 1882 bis 1892 war eine erhebliche, zum Teil sehr auffallende Steigerung zu bemerken, aber in den letzten sechzehn Jahren ist keine Steigerung eingetreten. Die Kriminalität ist im selben Prozentsatz stabil geblieben.

Ich habe im Februar erklärt, daß das Reichsjustizamt den Entwurf einer Strafprozeßordnung abgeschlossen hat und er der Vorprüfung der preußischen Staatsregierung unterliegt. In der Presse ist diese Bemerkung beanstandet worden, weil dadurch der preußischen Staatsregierung eine Stellung eingeräumt werde, die ihr nach der Verfassung nicht zustehe. Das ist durchaus unrichtig. So ist stets verfahren worden. Nach der Verfassung ist nicht die Reichsverwaltung, sondern sind nur die Bundesregierungen in der Lage, gesetzgeberische Vorschläge an den Bundesrat zu richten. Ich weiß nicht, wie weit die preußische Regierung mit dieser Prüfung zurzeit gediehen ist; das ist ein Interna innerhalb der preußischen Verwaltung. Ich habe aber keine Veranlassung, anzunehmen, daß die Prüfung irgend eine in der Sache nicht begründete Verzögerung erfahren habe. Ich hoffe wie im Februar, daß es möglich sein wird, im nächsten Winter mit der Strafprozeßordnung an den Reichstag zu kommen. Der Reichskanzler hat allen Grund, die Arbeiten zum Abschluß der Reform zu beschleunigen. Der Entwurf wird auch der Oeffentlichkeit unterbreitet werden; ein Entwurf von so großer Bedeutung würde sowieso nicht geheim gehalten werden können. Eine feste Zusicherung kann ich nicht erteilen, aber was an mir liegt, wird geschehen, daß auch dieser Entwurf wie alle anderen aus dem Justizamt der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Es wird jetzt die Abstimmung wiederholt, die vorher zur Feststellung der Beschlußunfähigkeit des Hauses geführt hat. Auch diesmal wird ein Hammelsprung notwendig. Das Haus ist beschlußfähig. Der Antrag Liebermann wird mit 132 gegen 116 Stimmen abgelehnt.

Abg. **Kirsch** (Ztr.) verlangt entsprechend seiner Resolution eine Reform der Vorschriften über Strafrecht, Strafverfahren und Strafvollzug in bezug auf jugendliche Personen.

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (fr. Vp.) erwidert auf die Angriffe Roeren vom 25. Februar. Wir waren einig darin, daß die bestehenden Gesetze nicht immer genügend angewendet werden, und anscheinend auch darin, daß eine lex Heinze nicht erforderlich ist. In der letzten Zeit ist eine Verschärfung eingetreten durch die tendenziöse Hetze eines Teils der Zentrumspresse gegen das Verfahren des Landgerichts I München, dem ich angehöre, und des Schwurgerichts München in derartigen Prozessen. Herr Roeren will keine Kunstsachverständige, ich will gute und gegenseitige Kunstsachverständige. Eine gewisse Presse erklärt vor aller Welt, Deutschland marschiere an der Spitze der Pornographie! Nein Deutschland leistet Bewundernswertes auf jedem Gebiete graphischer Kunst, auch der Popularisierung der Kunst, und es wäre nur zu wünschen, daß sie mit Hilfe von Gemeinde, Staat und Reich auch demokratisiert würde. (Sehr richtig! links.) Daß da auch Schmutz unterläuft, ist natürlich. Aber bei der Frage der Sittlichkeit kommt doch nicht der Produktionsort in Betracht, sondern der Herstellungsort, und die Besteller sitzen in den romanischen Staaten, in Oesterreich, Südamerika, lauter sehr fromme Gegenden. (Hört, hört! links.) Lauter Gegenden, die vom Klerikalismus beherrscht sind (Unruhe im Zentrum), in denen neben den gemeinsten Zotenbildern sehr oft auch Heiligenbilder ruhen. (Unruhe im Zentrum.) Die legen großes Gewicht auf Staatsanwalt, Strafrichter und Gendarm und auf formale Frömmigkeit usw., Schulgottesdienst nach dem berühmten Satz: Natur ist Sünde. Ebenso notwendig wie ein Verein zur Hebung der Sittlichkeit wäre ein Verein zur Bekämpfung der Verhunzung deutscher Klassiker. (Sehr gut! links.) Aber wenn wir das vorführen, dann erklärt Herr Roeren, daß sei abtötend, auch er wolle Freiheit der Kunst. Das verstehe ich nicht. Bei uns in Süddeutschland merkt man das schon die Schnitzer-Freiheit. Ich finde es nicht sehr hübsch, daß er einen Verstorbenen, nämlich den Dichter Müller von der Werra verhöhnt hat. (Heiterkeit, hört, hört!) Sie lachen, weil Sie ihn nicht kennen. Er hat wegen seiner Verdienste um das Volkslied das Ehrendoktorat der Universität Jena erhalten, eine Ehre, die Herrn Roeren niemals widerfahren wird. (Heiterkeit.) Ich habe hier einen Brief von seinem Sohn, der sich in tiefster Entrüstung über die Unbill äußert, die seinem verstorbenen Vater angetan ist. (Abg. Roeren ruft: Ich habe ihn ja nur mit Ihnen verglichen! Große Heiterkeit.) Sie scheinen nicht zu verstehen, daß ich an Ihren christlichen Standpunkt appelliere, weil Sie einen Verstorbenen verhöhnt haben. Den Vergleich weise ich zurück, denn ich bin kein derartiger Dichter. (Heitere Zustimmung.) Mein Gedicht vom nationalen Schwein ist ja hier bereits dreimal zum Vortrag gekommen; bei seinem Jubiläum werde ich Herrn Gröber auch die übrigen Strophen dedizieren. Ich wollte mich von Herrn Roeren auch mit einem Knittelverse verabschieden. (Heiterkeit. Zuruf: Selbst gedichtet?) Natürlich selbst gedichtet. (Große Heiterkeit.) Ich unterlasse es aber. (Rufe des Bedauerns.) Die „Kölnische Volkszeitung" und eine andere gewisse Presse würden sonst sagen, daß der Müller-Meiningen in seiner wahnsinnigen Eitelkeit sogar um den Volks-Schiller-Preis sich bewirbt. (Heiterkeit.) Ich verabschiede mich mit dem Vers eines wirklichen, eines großen Dichters:

Wir haben dir Klatsch auf Gekatsche gemacht,
Wie schief!
Wir haben dich recht in die Patsche gebracht,
Wie tief!
Wir lachen dich aus!
Nun mach' dich heraus!
Ade!

Und reb' ich dawider, so wird das den Klatsch
Nur verschlimmern!
Soll mein liebliches Leben im nichtigen
Patsche verkümmern?

Schon bin ich heraus:
Ich mach' mir nichts draus!
Ade!

(Große Heiterkeit.)

Hierauf vertagt sich das Haus zu einer Abendsitzung auf 8 Uhr.

Schluß: 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 30. März.

Schluß.

Etatsberatung.

Graf **v. d. Schulenburg-Grünthal** (fortfahrend): Auch von den Studentinnen an der Landwirtschaftlichen Hochschule läßt sich — die hier anwesenden Damen mögen es mir nicht übel nehmen — nicht viel Rühmliches sagen. Ein Dozent wollte über Geschlechtskrankheiten der Tiere lesen und legte den Studentinnen nahe, sie möchten die zwei folgenden Stunden fort bleiben. Aber die fünf ausländischen Damen waren zu diesen Stunden nicht nur vollzählig erschienen, sondern hatten auch noch Freundinnen mitgebracht. (Große Heiterkeit.) Wir dürfen es auch unseren Studenten nicht zumuten, mit einem Teil der ausländischen Studenten zusammenzuarbeiten. Es war wohl nicht Zufall, daß kurz nach der Aufhebung des Anarchistennestes in Charlottenburg einige ausländische Studierende der Landwirtschaftlichen Hochschule spurlos verschwunden. Die deutschen Studenten haben sogar Protestversammlungen dagegen veranstalten müssen, daß ihre ausländischen Kollegen bei den letzten Wahlen der Sozialdemokratie Schleppardienste geleistet haben.

Minister **v. Arnim**: Die Kollegiengelder sind für Ausländer bereits wesentlich erhöht worden, ebenso die wissenschaftlichen Anforderungen an Ausländer. In Eberswalde haben diese Maßregeln bereits ihre Wirkungen getan.

Der Etat wird erledigt.

Zum Etat der Forstverwaltung liegt ein Antrag des Herzogs von Trachenberg vor, die Staatsregierung zu ersuchen,

Veräußerungen an staatlichen Grundstücken im Grunewald

nur mit Zustimmung sämtlicher beteiligter Ressorts und des Staatsministeriums vorzunehmen sowie so bedeutende Anlagen wie die Döberitzer Heerstraße in ihrer Einnahme und Ausgabe im Etat ersichtlich zu machen.

Oberbürgermeister **Knobloch**-Bromberg: Schon im Jahre 1897 hat das Haus ein ähnlicher Antrag beschäftigt. Es wurde damals beschlossen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, sie möge dafür sorgen, daß der Bestand des Grunewalds namentlich unter Berücksichtigung des alten Baumbestandes nicht geschmälert werde. Nun handelt es sich um eine große neue Zerstückelungsoperation, die Herstellung der Döberitzer Heerstraße. Das Projekt erstreckt sich auf 310 Hektar bei einem Gesamtbestande von 4000 Hektar. Die Kosten der Heerstraße sollen durch Verkauf der Terrains gedeckt werden. Nun kann man dem Unternehmen noch so wohlwollend gegenüberstehen, es im militärischen Interesse willkommen heißen, aber doch Widerspruch erheben gegen die Behandlung, die die Angelegenheit im Etatsgesetzentwurf hat. Die in Frage kommende etatmäßige Position ist nach den Erklärungen des Landwirtschaftsministers in der Etatskommission das Kapitel 2 der extraordinären Ausgaben: 3 Millionen. Es mag richtig sein, daß dies formell einwandfrei ist. Ein solches Verfahren mag auch vom Standpunkt eines Geschäftsmannes aus zu billigen sein, aber man kann nicht zugeben, daß das in Rede stehende technische Unternehmen in dem Umfange, wie es geplant ist — die Kunststraße soll im ersten Teile 60 Meter, im letzten 24 Meter breit sein —, unter den Begriff der Forststraßen, der hier in Betracht kommt, fallen kann. Die Belastung, die die Straße für den Forstetat bringt, ist mit sechseinhalb Millionen angegeben. Damit sind aber die Ausgaben noch nicht erschöpft. Charlottenburg soll zum Beispiel einen Beitrag von 12½ Millionen zahlen, und wenn nach den Erklärungen der Herren Regierungsvertreter der Erlös aus dem Terrain 60 Millionen betragen soll, so wird man nicht leugnen können, daß auf eine derartige Straße die Bezeichnung „Forststraße" nicht paßt. Ein Unternehmen von solcher Tragweite darf im Etat nicht so behandelt werden, daß das Wort „Döberitzer Heerstraße" im Etat überhaupt nicht zu finden ist. Staatliche Maßnahmen von solchem Umfange müssen im Etat in Einnahmen und Ausgaben in voller Klarheit erscheinen. Dadurch erhält das hohe Haus Gelegenheit zur Prüfung der Frage der Zweckmäßigkeit. Gegenwärtig fehlt dem Hause jede Einwirkung auf das Unternehmen, und diese Tatsache muß dem königlichen Staatsministerium selbst am unerwünschtesten erscheinen. Mein Wunsch geht daher dahin, in Zukunft im allgemeinen bei allen Unternehmungen von solcher Bedeutung die finanzielle und technische Beurteilung aus einer besonderen Etatsposition ersichtlich zu machen.

Minister **v. Arnim**: Mein Amtsvorgänger hat im Jahre 1905 in der Kommission ausführliche Darlegungen über den Bau der Heerstraße gemacht. Die beteiligten Ressorts werden schon jetzt gehört. Die Zustimmung des Staatsministeriums ist nicht am Orte, da es sich um eine Ressortangelegenheit handelt. Bei jedem Verkauf ist auch die allerhöchste Genehmigung erforderlich. Es wird nur ein bestimmter, im Verhältnis zur Größe des Grunewaldes nicht erheblicher Teil verkauft werden. Wenn wieder derartig große Anlagen gemacht werden, bin ich gern bereit, es im Etat ersichtlich zu machen. Hier ist es nicht mehr durchführbar, da die Heerstraße in der Hauptsache in diesem Jahre fertig wird.

Oberbürgermeister a. D. **Becker** tritt für die Erhaltung aller Waldungen um Berlin ein. Diese liege nicht nur im Interesse Berlins, sondern habe eine viel weitergehende Bedeutung. Noch habe die alte Grunewaldgesellschaft, die die Villenkolonie Grunewald angelegt, ihre Terrains nicht völlig erschlossen, und schon sei eine neue Gesellschaft konzessioniert worden. Auch die Anlagen an der Döberitzer Heerstraße, die große Rennbahn und das Stadion hätten eine starke Minderung des Grunewaldbestandes zur Folge. Wenn nach der Versicherung des Landwirtschaftsministers die Zerstückelung des Grunewaldes jetzt aufhören solle, so sei diese Versicherung doch keine rechte Garantie. Anscheinend habe der Landwirtschaftsminister nicht nur allein in dieser Frage mitzureden. Das Staatsministerium solle in einem Kollegialbeschluß die dauernde Garantie für die Erhaltung des Grunewaldes geben.

Minister **v. Arnim**: Die Frage ist eine Prinzipienfrage. Eine Verpflichtung des Staates, den Städten die Wälder in ihrer Umgegend als Volksparks zu erhalten, besteht nicht. Die Städte vertreten den entgegengesetzten Grundsatz. Der Staat muß diesen Grundsatz a limine ablehnen. Aber er legt es sich angelegen sein, den Wünschen und Bedürfnissen der Städte entgegenzukommen, soweit das möglich ist. Andererseits müssen auch die Städte für die Vorteile, die ihnen aus der Erhaltung der Wälder erwachsen, nötigenfalls Opfer bringen. Der Minister verbreitet sich dann über die Holzauktionen im Grunewald; der Grunewald werde forstwirtschaftlich bewirtschaftet, und nur im Rahmen dieser rationellen Forstwirtschaft werde Holz geschlagen. Holzverkäufe seien unerläßlich schon zur Beschaffung der Mittel für die Aufforstungen.

Oberbürgermeister **Knobloch**-Bromberg spricht sein Befremden darüber aus, daß das 60 Millionenunternehmen der Döberitzer Heerstraße im Forstetat als „Forststraße" erscheint, obwohl doch die Straße nicht Forstinteressen, sondern der Ausdehnung Berlins und den Zwecken